

4762/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Partik - Pablé, Lafer
und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Vorhaben im Bereich Inneres während der österreichischen EU - Präsidentschaft
Der Ministerrat beschloß am 1. Juli 1998 das Programm der österreichischen EU -
Präsidentenschaft, wobei einen Schwerpunkt der Bereich Inneres darstellt, der ein vorrangiges
Anliegen der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ist. Da die Verwirklichung
eines Raumes ohne Binnengrenzen zugleich ein verbessertes Zusammenwirken der
europäischen Polizei - und Justizstellen, insbesondere bei der Bekämpfung der
internationalen

Kriminalität, des Drogenhandels und des Terrorismus erfordere, sei dies ein besonderes
Anliegen im Programm des Innenministers während der EU - Präsidentschaft.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister
für

Inneres folgende

Anfrage:

1. Welche Veranstaltungen zu welchen Themen sind im Bereich Ihres Ressorts bzw. in Ihrer
Funktion als Ratsvorsitzender während der österreichischen Präsidentschaft geplant? Wie
werden die jeweiligen Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

2. Aus den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Cardiff ist zu entnehmen, daß
die

Umweltkriminalität ein ernstes und schwerwiegendes, oft mit grenzüberschreitenden
Auswirkungen verbundenes Thema ist, zu dem der Rat Maßnahmen beschließen sollte.

Welche konkreten Maßnahmen plant der österreichische Vorsitz diesbezüglich?

3. In der Anfragebeantwortung 3503/AB geben Sie an, daß im Konnex zu den EU -
Veranstaltungen mit Demonstrationen bzw. Spontankundgebungen stets gerechnet werden
müsse. Es lägen einschlägige Hinweise auf Protestkundgebungen vor und es würden
entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

Gab es seit Beginn der österreichischen EU - Präsidentschaft bereits Demonstrationen bzw.
Ankündigungen von Demonstrationen und wenn ja wieviele?

Welche Vorkehrungen wurden bzw. werden diesbezüglich konkret getroffen?

Können Sie garantieren, daß auch im Rahmen der österreichischen EU - Präsidentschaft das
Demonstrationsrecht gewahrt bleibt?

4. Die österreichische Präsidentschaft hat versprochen die Durchführung des Aktionsplanes
betreffend den Zustrom von Zuwanderern aus dem Irak und den benachbarten Ländern
fortzuführen und am nächsten Rat im Herbst 1998 darüber zu berichten.

Wie ist der diesbezügliche aktuelle Stand?

5. Was genau soll das "Strategiepapier zur Asylpolitik" beinhalten? Welche konkreten
Schritte haben Sie mittlerweile getroffen, um "Freipressungen" hungerstreikender
Schubhaftlinge zu verhindern?

6. Der Justiz - und Innenministerrat hat ausführlich über die EURODAC - Konvention diskutiert, welche ein computerunterstütztes System zum Austausch der Fingerabdrücke von Asylwerbern zur Durchführung des Dubliner Erstasylübereinkommens einführt. Über ein Protokoll soll die Konvention auch auf illegale Einwanderer ausgedehnt werden. Dieses Protokoll soll während der österreichischen Präsidentschaft angenommen werden. Wie weit sind die diesbezüglichen Verhandlungen fortgeschritten? Wie sehen die darin vorgesehenen datenschutzrechtlichen Bestimmungen aus? Wie lange beabsichtigt man die Daten zu speichern? Welche Definitionsvarianten für "illegale Einwanderer" liegen vor? Bis wann soll die EURODAC - Konvention beschlossen werden?
7. Im Vorsitzprogramm des Innenministers wird die Vorbereitung einer Resolution zur High - Tech - Kriminalität angesprochen. Was soll Ihrer Meinung nach Inhalt dieser Resolution sein? Was soll diese Resolution Ihrer Meinung nach bewirken und wie kann durch eine Resolution die High - Tech - Kriminalität verhindert werden? Wie beurteilen Sie die rechtliche Qualität einer Resolution?
8. Bis wann sollen die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten und das Funktionieren der Europol - Konvention abgeschlossen sein? Und bis wann werden die Organe endgültig eingerichtet sein und ihre Arbeit aufnehmen können? Welche Schritte wurden bisher zur Erfüllung der Verpflichtungen der Durchführungsmaßnahmen nach Art. 45 Abs. 4 der Europol - Konvention unternommen und welche müssen noch bis wann erledigt werden?
9. Welche konkreten Maßnahmen sind zur Bekämpfung der Drogenkriminalität geplant? Welche konkreten Ziele verfolgt die "Post 1999 Drogen - Strategie"? Am 5. und am 6. November 1998 soll eine internationale Drogenkonferenz in Wien stattfinden. Was soll mit der internationalen Drogenkonferenz erreicht werden und was beabsichtigen Sie mit der Drogenkonferenz zu erreichen? Wer wird an der internationalen Drogenkonferenz teilnehmen? Welchen Standpunkt wird Österreich dabei einnehmen? Wird Österreich darauf drängen, daß Initiativen gesetzt werden und wenn ja, welche? Werden als österreichische Initiativen u.a. eine konsequente Bestrafung, gezielte Razzien und die Verstärkung der polizeilichen Präsenz gefordert werden? Wenn nein, warum nicht?
10. Ist die Studie betreffend der Osterweiterung in Zusammenarbeit mit dem BMAGS (Studie betreffend Auswirkungen der Osterweiterung auf dem Arbeitsmarkt) bereits erstellt worden? Wenn ja, zu welchem konkreten Ergebnis ist sie gelangt? Wenn nein, bis wann ist mit deren Fertigstellung zu rechnen?
11. Was halten Sie von dem Vorschlag, eine Konferenz der Sicherheitsexperten (Polizeipräsidenten, Innenminister...) aller EU - Beitrittsaspiranten abzuhalten, die einen Situationsbericht der derzeitigen Sicherheitsstandards und der noch zu bestehenden Mängel offenzulegen haben?
12. Die Übernahme des EU - Rechtsbestandes und damit der EU - Standards bei der Kontrolle der Außengrenzen wurde immer wieder als eine der Beitrittsvoraussetzungen herausgestrichen. In der letzten Zeit wurde die Kritik an der Effektivität der Grenzkontrolle durch die Kandidatenländer immer lauter und Zweifel an der Erfüllung dieses Kriteriums häuften sich. Außenminister Schüssel hat aus diesen Gründen in seiner Rede vom 15.7.1998 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg die Kommission ausdrücklich aufgefordert, Möglichkeiten zu suchen, um den Kandidatenländern "bei der

Grenzsicherung zu helfen" und argumentierte, daß "die Außengrenzen dieser 11 Kandidatenländer insgesamt 6.600 km ausmachen und man sich das einmal vorstellen müsse."

Wie stellen Sie sich als Innenminister diese Hilfe konkret vor? Sind Ihnen bereits diesbezügliche konkrete Vorbereitungen bekannt? Wenn ja, welche? Wie können Sie eine solche Hilfe vor dem Hintergrund rechtfertigen, daß in letzter Zeit auch andere Mitgliedstaaten zur Erfüllung der Schengenkriterien alleine aufkommen mußten, obwohl z.B. Österreich alleine eine Schengen - Außengrenze von 2.400 km hat?

13. Derzeit gibt es auf Beamtenebene 11 verschiedene EU - Förderungsprogramme, u.a. FALCONE, OISIN, GROTIUS. Diese verschiedenen Kooperationsprogrammen stehen sicherlich nicht im Einklang mit der immer wieder aufgeworfenen Forderung nach Transparenz, Effektivität und Bürgernähe und diese unsinnige Stückelung wird auch von vielen Seiten kritisiert.

Ist während der österreichischen Präsidentschaft eine Überarbeitung der Programme geplant? Wenn ja, wie soll eine solche aussehen? Wenn nein, welche Gründe sprechen gegen eine solche Überarbeitung?